

# Krafer Zeitung.

Nr. 215.

Dinstag den 22. September

1863.

Die „Krafer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krafer 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 9 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VII. Jahrgang.

Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für die erste Einrückung 7 Kr. für jede weitere Einrückung 3 1/2 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Verordnungen und Gebühren übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

## Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. October l. J. beginnende neue Quartal der

## „Krafer Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. October bis Ende December 1863 beträgt für Krafer 3 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postverendung, 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krafer mit 1 fl., für auswärtig mit 1 fl. 35 Kr. berechnet.

## Amtlicher Theil.

Nr. 11885.

### Rundmachung.

Vom Krafer l. f. Oberlandesgerichte wird bekannt gegeben, daß der mit dem hohen l. f. Justiz-Ministerial-Erlasse vom 12. Jänner 1863, Z. 22 und 132 zum l. f. Notar in Wojnicz mit dem einstweiligen Amtssitze in Brzesko ernannte selbstständige Bezirksamts-Adjunct Hr. Constantin Ritter von Ramult den vorgeschriebenen Dienst am 25. August 1863 bei diesem l. f. Oberlandesgerichte geleistet hat, und daß derselbe hierdurch zum Antritte des Notar-Amtes ermächtigt sei.

Krafer, am 26. August 1863.

Se. k. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Unterzeichnung Diplom des Ministerialraths im Ministerium für Handel und Volkswirtschaft, Maximilian Szwentka, als Ritter des Leopold-Ordens den Ordensritter gemäß, in den Ritterstand des österreichischen Kaiserthums allergnädigst zu erheben geruht. Se. k. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Unterzeichnung vom 9. September d. J. dem Kaufmann, Friedrich Wipperfurth zu Köln; in Anerkennung seiner verdienstlichen Leistungen auf dem Gebiete der inländischen Industrie und des Handels, das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Unterzeichnung vom 30. August d. J. jedem der Finanz-Procuratoren in Breda und Lemberg, Ober-Finanzrath Dr. Hermann Ritter v. Godel und Ober-Finanzrath Dr. Joseph Schabenbeck, den Titel und Charakter eines Hofrathes tarfrei allergnädigst zu verleihen geruht. Se. k. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Unterzeichnung vom 17. September d. J. die von dem realistischen Ober-Stabsarzt erster Klasse, Dr. Andreas Mallat, Sanitäts-Referenten beim Landes-General-Commando zu Lemberg, angesehene Uebernahme desselben in den wohlverdienten Ruhestand anzuordnen und hiebei denselben in Anerkennung seiner mehr als vierzigjährigen treuen und hingebenden Dienstleistung, den Titel eines General-Stabsarztes allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Unterzeichnung vom 15. September d. J. allergnädigst anzuordnen geruht, daß der Feldmarschall-Lieutenant Adolf Freih. v. Schönbörger auf seine Bitte und unter Bezeugung der Allerhöchsten Zufriedenheit mit seinen langjährigen eifrigen und guten Diensten in den bleibenden Ruhestand übernommen werde.

## Nichtamtlicher Theil.

Krafer, 22. September.

Wie erwähnt, brachte die amtliche „London Gazette“ nunmehr auch den Wortlaut der letzten englischen Depesche in der Polenfrage. Die Depesche des Earl of Russell an den englischen Gesandten Lord Napier in St. Petersburg ist vom 11. August (also um einen Tag früher, als die neulich mitgetheilte österreichische Note) datirt. Nachdem der englische Staatssecretär des Aeußern erklärt, daß die Depesche, welche Fürst Gortschakow auf die Vorstellungen der drei Mächte nach London gelangen ließ, „nichts weniger als befriedigend“ sei, geht er auf eine Prüfung der Hauptpunkte der Gortschakow'schen Depesche ein und schreibt diesfalls:

Während Fürst Gortschakow zugibt, daß 1) das Vertrauen von Seiten der Regierung und die Herrschaft des Gesetzes über willkürliche Gewalt die Grundlage der Ordnung und Stabilität sein müsse, fügt er hinzu, die Achtung vor der Obrigkeit sei die unerlässliche Zugabe zu diesen Grundlagen. Allein es kann dem russischen Cabinet nicht unbekannt sein, daß Milde und Verhältnißmäßigkeit die Achtung vor der Obrigkeit häufig wirksamer herstellen, als die materielle Gewalt. Es würde ein beklagenswerther Irrthum sein, wenn man versuchen wollte, jene Achtung bloß durch Waffengewalt wieder herzustellen, ohne damit eine hinreichende Sicherheit für die politischen und religiösen Rechte der Unterthanen, des Königs von Polen zu verbinden. Eine solche Sicherheit stellten die Vorschläge der drei Mächte für Rußland und Polen in gleicher Weise in Aussicht. Es hat dem Cabinet von St. Petersburg gefallen, von dieser Art, die Achtung vor der Obrigkeit wieder herzustellen, keinen Gebrauch zu machen. 2) Fürst Gortschakow behauptet — und diese Auffassung ist das Thema des Anfan-

ges und Endes seiner Depesche — daß die Wiederherstellung der Ordnung in Polen von einer Bedingung abhängt, auf welche er die Aufmerksamkeit der Regierung Ihrer britannischen Majestät gelenkt habe, und die nicht nur unerfüllt, sondern in der Depesche Lord Russell's nicht einmal erwähnt ist; wir sprechen von dem materiellen Beistande und den moralischen Ermuthigungen, welche die Aufständischen von außen erhalten. Ihrer Majestät Regierung würde diesen Gegenstand gern vermeiden und, statt sich in Betrachtungen über die Vergangenheit einzulassen, lieber bloß auf heilende Maßregeln für die Zukunft Bezug genommen haben. Allein indem sie sich dadurch, daß der Fürst Gortschakow des Gegenstandes Erwähnung thut, genöthigt sieht, denselben gleichfalls zu berühren, nimmt Ihrer Majestät Regierung keinen Anstand, zu erklären, daß ihrer Ueberzeugung nach das Haupthinderniß der Wiederherstellung der Ordnung in Polen nicht in dem den Aufständischen von außen her geleisteten Beistande, sondern in dem Verhalten der russischen Regierung selbst besteht. Die Kaiserin Katharina versprach den Polen im Jahre 1772 die Aufrechterhaltung ihrer Religion, der Kaiser Alexander I. versprach den Polen im Jahre 1815 eine National-Vertretung und eine National-Verwaltung. Diese Versprechungen sind nicht erfüllt worden. Viele Jahre hindurch ward die Religion der Polen angegriffen, und bis auf die heutige Stunde sind sie nicht im Besitze der ihnen durch den Vertrag von 1815 und die Verfassung desselben Jahres zugesicherten Rechte. Die Verletzung dieser feierlichen Verpflichtungen von Seiten der russischen Regierung rief Unzufriedenheit hervor, und der plötzliche nächtliche Einfall in die Häuser Warschau's im vorigen Januar war die unmittelbare Ursache des gegenwärtigen Aufstandes. Hätte sich nicht Rußland die allgemeine Stimmung in Polen entfremdet, so würde der von außen kommende moralische und materielle Beistand den Aufständischen wenig geholfen haben. Doch ist es wahr, daß in Europa lebhaftere Sympathien zu Gunsten der Polen rege geworden sind. In jedem bedeutenden Staate, in welchem es eine National-Vertretung gibt, in England, Frankreich, Oesterreich, Preußen, Italien, Spanien, Portugal, Schweden und Dänemark haben sich diese Sympathien kund gegeben. Ueberall, wo es eine National-Vertretung gibt, hat die Verwaltung, wenn sie gleich im Ausdrucke ihrer Gefinnung vorsichtig und zurückhaltend war, die Gefühle des Parlamentes (Legislature) und der Nation getheilt. Rußland sollte auf diese Sympathien Rücksicht nehmen und sich die Lehre, welche in ihnen liegt, zu Nute machen. 3) Fürst Gortschakow legt großen Nachdruck auf den nicht zu leugnenden Umstand, daß die Aufständischen weder Amnestie noch Autonomie, noch eine mehr oder weniger vollständige Vertretung begehren. Aber es würde ein Irrthum sein, wenn man annehmen wollte, daß es in derartigen Fällen bloß zwei Parteien gebe, nämlich die mit Unterdrückung des Aufstandes beschäftigte Regierung und die mit der Aufklärung und Ausbreitung desselben beschäftigten Führer der Aufständischen. Außer diesen Parteien gibt es in solchen Fällen stets eine große schwimmende Masse, die ganz zufrieden sein würde, wenn sie Person und Eigenthum unter einer gerechten und wohlthätigen Verwaltung gesichert sähe. Man hat sich das Vertrauen dieser großen Masse nicht erworben, und auf die Fortdauer ihrer Unthätigkeit ist kaum zu rechnen. Ihrer Majestät Regierung muß nochmals hervorgerufen, wie äußerst dringlich es ist, sofort das im allgemeinen Interesse so nöthige Werk der Versöhnung zu versuchen. Wenn der russische Hof von dem aufrichtigen und uneigennütigen Beistande Gebrauch macht, den Oesterreich, Frankreich und Großbritannien ihm bieten, so sichert er sich das mächtigste Mittel, um gemäßigten Ideen in Polen zum Siege zu verhelfen, und so die Grundlage eines dauerhaften Friedens zu legen.

Der vierte Punkt der Gortschakow'schen Depesche, den Lord Russell widerlegt, sind die Behauptungen, die der russische Vicelanzler in Bezug auf die Wiener Verträge von 1815 und deren Beziehungen zu Polen aufgestellt hat. Russell weist darauf hin, daß Fürst Gortschakow aus diesen Verträgen wohl zwei Stellen citirt habe, nicht aber auch noch eine dritte, die gegen dessen Behauptungen spricht. Dann fährt Lord Russell fort:

5. Auf die einzelnen Vorschläge der Regierung Ihrer Majestät übergehend, sagt Fürst Gortschakow mit Bezug auf die sechs Punkte, der größere Theil der von den drei Mächten bezeichneten Maßregeln sei bereits als Veranlassung unseres erhabenen Gebieters decretirt worden oder im Entwurf begriffen. Gegen das Ende der Depesche wird der Maßregeln Erwähnung gethan, an welchen Se. Majestät festhält, sowohl in den bereits gelegten Reimen, wie

in der Entwicklung derer, welche er zum Voraus hat ahnen lassen. Diese Stelle, obgleich nichts weniger als eine bestimmte Zusicherung einer Nationalvertretung mit wirklichen Mitteln der Controle, oder einer National-Verwaltung, berechtigt doch einigermaßen zu der Hoffnung, daß der Kaiser Alexander schließlich auf die Eingebungen seiner eigenen wohlwollenden Gefinnung und auf die Rathschläge Europa's hören werde. Der Vorschlag, die Feindseligkeiten einzustellen wird verworfen, weil dies die Gerechtigkeit gegen das getreue Heer des Kaisers, gegen die friedliche Mehrheit der Polen und gegen Rußland erheische, dem diese Agitation schmerzliche Opfer auferlege. Die vorgeschlagene Konferenz der Mächte, welche den Wiener Vertrag unterzeichneten, wird verworfen, und damit zugleich die Aussicht auf eine sofortige und freundschaftliche Verständigung. Statt dieses billigen und annehmbaren Vorschlages macht Rußland den Vorschlag, daß die drei Mächte, welche vor dem allgemeinen Wiener Verträge die Separat-Verträge zwischen Oesterreich und Rußland, und Preußen und Rußland vorschlugen, zusammenkommen und später Frankreich und Großbritannien von dem Ergebnisse ihrer Unterhandlungen in Kenntniß setzen möchten. Es gibt zwei Gründe, die zu einer Beurtheilung dieses Vorschlages hinreichen: 1) Die erwähnten Verträge beziehen sich, abgesehen von den in dem allgemeinen Wiener Verträge aufgenommenen Bestimmungen, nur auf materielle Gegenstände, wie Benutzung von Flußufnern, Verordnungen in Betreff der Feinspade, freien Durchgang von Waaren aus einer Provinz in die andere und dergleichen andere Verkehrsverleiderung und den Handel betreffende Dinge. Von politischen Entwicklungen oder Details ist nichts darin. 2) Offenbar würde eine solche Konferenz Oesterreich in eine schiefe Stellung bringen, und mit seinen Beziehungen zu Frankreich und Großbritannien unverträglich sein. Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich hat daher in einem richtigen Gefühle seiner Würde den russischen Vorschlag ohne Weiteres verworfen. Am Schlusse erklärt dann Lord Russell, daß die ganze Verantwortlichkeit für die bedrohliche Lage auf die russische Regierung falle. Diese Stelle ist gleichlautend mit der Schlussstelle in der österreichischen Depesche.

Die amtliche London Gazette vom 19. d. veröffentlicht die äußerst kurz gefaßte russische Antwort vom 26. August. Rußland bedauert die Erfolglosigkeit seiner Note und will eine Discussion, welche die zwischen den Cabineten obwaltende Meinungsverschiedenheit nur bestärken würde, abbrechen. Rußland wünsche ebenso wie England die Ruhe Polens und Europa's, und der Kaiser erstrebe in der vorzüglichsten Weise dieses Ziel. Eine Verantwortlichkeit könne nur aus einem etwaigen Bruche des Völkerrechtes entspringen. Der Kaiser habe aber stets die Gebote des Völkerrechtes beobachtet und erwarte das Gleiche von den übrigen Mächten.

Die Note des Herrn Drouyn de Lhuys ist vom 3. August datirt und ihr Inhalt im Wesentlichen folgender: Im Eingange bedauert der französische Minister, daß Fürst Gortschakow an die Stelle der westmächtliden Vorschläge unzulässige Propositionen gesetzt habe. Die polnische Bewegung sei nicht das Ergebnis einer revolutionären Aufstiftung, sondern das Resultat einer seit einem Jahrhundert währenden Situation, welche die Revolution im übrigen Europa begünstige, da sich die ganze polnische Nation mit Leib und Seele der Revolution in die Arme geworfen habe. Die öffentliche Meinung habe in ganz Europa die drei Mächte in ihrem Vorgehen gegen Rußland ermuntert. Es wäre eine verhängnisvolle Illusion Rußlands, die Ursache der fortwährenden blutigen Erhebungen zu verkennen. Eine unmittelbare Entwicklung eines ausgedehnten Concessions-Systemes würde das Nationalgefühl zufriedenstellen (?); es widerstrebe auch der Würde eines großen Reiches wie Rußland, einen so ungleichen Kampf länger fortzusetzen. Das Recht der Mächte, in der Regelung der polnischen Frage zu interveniren, sei unbestreitbar und nur zu beklagen, daß die vereinten Anstrengungen der drei Mächte bis jetzt bei Rußland keinen Anklang gefunden und keinen Erfolg hervorgebracht hätten. Am Schlusse der Depesche des Herrn Drouyn de Lhuys befindet sich dann der bekannte identische Passus, den alle drei Noten gemeinsam haben.

Dem „Courrier du Dimanche“ zufolge erklärt Fürst Gortschakow in seiner Antwort-Devisch auf die Stelle der Zusatznote des Hrn. Drouyn de Lhuys, welche die alten polnischen Provinzen mit dem Königreiche Polen zusammengestellt, unumwunden, daß es ihm geradezu unmöglich sei, sich auf diesem Boden auch nur auf einen freundschaftlichen und vertraulichen Meinungsaustraus einzulassen. Dasselbe Blatt erklärt die Nachricht, daß Hr. v. Budberg auf Urlaub gehen werde, für unrichtig.

Nach Berichten aus Petersburg wird der Herzog v. Montebello, der bekanntlich eine Contreordre erhalten und dieser zufolge seine Abreise verschoben hat, die Rückkunft des Kaisers abwarten, um von diesem in einer besonderen Audienz empfangen zu werden, der man im Vorhinein große Bedeutung beilegt. In diesen Berichten ist auch gerüchweise davon die Rede, daß Se. Majestät auf der Reise nach der Krim denselben Weg wie der Großfürst Constantin einschlagen wird.

Nach der Berliner Montags-Zeitung hat Se. Maj. der König von Preußen bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin die Antwort auf das durch den Grafen Latour überreichte österreichische Cabinetsschreiben unterzeichnet. Wie verlautet, ist solche zwar verständlich, aber die frühere Auffassung in bestimmten Worten wiederholend abgefaßt.

Ueber den Inhalt der Antwort des Königs von Preußen an die Unterzeichner der Reformacte meldet eine Berliner Correspondenz der „A. A. Z.“ folgendes: Preußens Standpunkt wäre demnach folgender: Für den ganzen Bund mit zwei Großmächten und zwei halbdemokratischen auswärtigen Regierungen ist ein einheitlicher Ausbau der gegenwärtigen Bundesverfassung nicht möglich. Keine der beiden deutschen Großmächte kann auf die Lösung der ihnen geschichtlich gewordenen Aufgaben verzichten, kann mit anderen Worten abdiciren; einmal ihrer selbst willen, und zweitens der deutschen Nation wegen, welcher dadurch kein Vortheil, wohl aber ein Nachtheil erwächst, wenn ihr eine Großmachtsstimme im europäischen Concert entzogen werden sollte. Die Lösung der Reformfrage wird ohne Zerreißung des Bundes nur möglich sein, wenn entweder beide Großmächte im Bunde neben einander stehen, und den Antagonismus durch Abgrenzung ihrer Machtphären aufheben, oder wenn eine Großmacht neben dem mit der andern Macht als Bundesstaat enger formirten Theil Deutschlands in dem bisherigen föderativen Verhältnisse verharret. Früher war für diese völkerrechtliche Stellung neben dem Bundesstaat von der sogenannten kleindeutschen Partei Oesterreich in Aussicht genommen. Tritt aber Oesterreich mit süd- und westdeutschen Staaten in einen engeren politischen und handelspolitischen Verband, dann wird Preußen die neben diesem engeren Bund bleibende Großmacht sein. Außerdem wird die Antwort des Königs Wilhelm an die Reformfürsten andeuten, daß man sich zwar zu Verhandlungen in Minister-Conferenzen über eine neue Basis der Reform, wie dies früher bei der Beantwortung der identischen Noten geschehen sehr gern bereit erklärt, aber nur unter der Bedingung, daß Preußen durch ein unbedingtes Veto in Fragen der auswärtigen Politik und des Krieges seine Großmachtsstellung festhält. In diesem Veto würde zugleich die Parität der beiden Großmächte gesichert sein.

Nach einer dem „Fr. Z.“ zugekommenen, sonderbarer Weise aus Wien datirten Mittheilung sind Herrn v. Bismarck's Reformvorschläge folgende: 1. Eine Volksvertretung am Bunde, die nach der Größe der Bevölkerung, welche die Staaten im Bunde haben, abgemessen ist. 2. Dieser Volksvertretung müsse eine solche Macht eingeräumt sein, daß dadurch etwaige Sonderbestrebungen paralysirt würden. 3. Die projectirte Bundesverfassung müsse dieser Volksvertretung zur Erklärung u. vorgelegt werden. 4. Verlangt Preußen ein Veto in allen denjenigen politischen Fragen, welche seine selbstständige Stellung als Großmacht berühren. 5. Vollkommene Parität mit Oesterreich. Die „Südd. Ztg.“ begleitet die eben erwähnten „Reformvorschläge“ mit folgender lakonischer Bemerkung: „Man sieht, daß die Punkte 1, 4 und 5 Preußens eigenes Interesse betreffen, 2 und 3 dagegen Köder für das deutsche Volk enthalten.“

Die demnächst in München zusammentretende Zollconferenz wird allem Anschein nach nicht von langer Dauer sein, da über mehrere der wichtigeren Punkte bereits Einverständnis besteht, und die Erzielung eines solchen in Bezug auf die übrigen um so weniger Schwierigkeiten finden dürfte, als man auch hierüber die Principien einig ist, und es sich im wesentlichen nur um Detailfragen handelt. Bisher, schreibt man der „S. V. Z.“, ist noch keiner derjenigen Staaten, welche zur Zeit der letzten Münchener Zollconferenz die Anschauungen der bayerischen Regierung theilten, von der Gemeinschaft zurückgetreten, und alle darauf bezüglichen gegentheiligen Nachrichten erweisen sich als ungegründet. Wie bekannt, ist es die Absicht dieser Staaten bei der Berliner Zollconferenz mit bestimmten formulirten Anträgen hervorzutreten. Man wird dabei der preussischen Regierung soviel als möglich entgegenzukommen suchen, um eine Verständigung und die Reconstituierung des Zollvereins zu erleichtern.



Wenn es Preußen, wie behauptet wird, nur darum zu thun ist einen liberalen Tarif durchzuführen, so wird wahrscheinlich ein Uebereinkommen erzielt werden; wenn es dagegen auf der unveränderten Annahme des französischen Vertrags und auf der Ausschließung Oesterreichs besteht, so wird die Berliner Conferenz ebenso resultatlos verlaufen wie alle bisher gepflogenen Unterhandlungen. (Die Berl. „M. Z.“ wagt: weil Oesterreich in Deutschland nicht Fuß fassen könne, versuche man es jetzt mit dem Zoll!)

Ein Frankfurter Corr. der „Presse“ berichtet über eine erste entschiedene Kundgebung zu Gunsten der österreichischen Initiative auf preussischem Boden, welche bei Gelegenheit einer Wahlbesprechung des Coblenzer Bürgervereins stattfand. Allerdings neigte sich die Versammlung zu der Ansicht hin, daß man dem in Angriff genommenen Reformwerk gegenüber sich passiv zu verhalten habe, bis eine Beteiligungs des Volkes daran durch directe Wahlen zustande sei; aber gleichwohl wurde der Ueberzeugung, daß Oesterreich sich durch die unumwundene Anerkennung des Bedürfnisses einer Bundesreform, und durch die nötige Initiative zur Verbeisführung einer solchen Reform um Deutschland verdient gemacht, ein lauter und entschiedener Ausdruck gegeben, und dabei ausgesprochen, daß Oesterreich, wenn es, nicht achtend gegen es gesponnenen Intriguen, auf der betretenen Bahn weiter schreite, auf die Unterstützung aller guten Deutschen dauernd rechnen könne.

Auch die „Südd. Ztg.“, das Organ der preussischen Spitze — von ehemals, constatirt den Umschwung, der in der Stimmung des deutschen Volkes zu Gunsten Oesterreichs stattgefunden hat. Die „Südd. Ztg.“ gesteht diese Thatfache nicht nur vollkommen ein, sondern fügt am Schlusse ihrer Betrachtung noch hinzu: „Bis zu welchem Punkt diese Wandlung zu Gunsten Oesterreichs noch vorrücken kann, wenn die Dinge in Preußen auch nur noch einige Zeit so fortgehen wie bisher, das läßt sich in der That noch gar nicht berechnen. Aber wenn verblendeter Hochmuth und überaus große Kurzsichtigkeit einen Staat zu Fall bringen können, dann war Preußen der Gefahr des Falls noch niemals in dem Grade angesetzt, wie gegenwärtig.“

Ueber die Bundestagsitzung vom 9. d. erfährt man noch Folgendes: Die Commission, welche beauftragt war, über die dänische Antwort vom 27. Aug. zu berichten, hat die Erklärung abgegeben, daß diese Antwort ganz und gar ungenügend ist. Eine Entscheidung wird erst getroffen werden, nachdem die Commissionsbeschlüsse der Bundesregierungen, welche in der Commission nicht vertreten sind, mitgeteilt sein werden. Die vereinigten Ausschüsse beantragten: Beschlagnahme und Verwaltung des Herzogthums Holstein im Namen des deutschen Bundes, zu welchem Behufe 6000 Hannoveraner und Sachsen den Einmarsch zu bewerkstelligen haben. Oesterreich und Preußen stellen die Reserve.

Die gemeldete Verschiebung der Bundestagsitzung hatte ihren Grund bloß in einer Etiquetten-Misssicht, wie behauptet wird. Man habe nämlich vermeiden wollen, den bekannten Executionsantrag des Ausschusses entgegenzunehmen, da die Bundesgenerale das holländische Contingent auf Seeland inspicierten. Am 18. d. endete die Inspection.

Der „Globe“ glaubt, daß die Bundes-Execution in Holstein zum Kriege zwischen Dänemark und Deutschland führen werde. Er wiederholt, was er oft gesagt, daß das sonst so ruhige, gutmüthige und lebenswürdige deutsche Volk sich in der Herzogthümer-Frage von einer nationalen Leidenschaft hinreißen lasse!; die es sehr bald bereuen dürfte, denn Dänemark werde nicht allein von Dänen verteidigt werden. (?) Wenn der „Globe“ die Hilfe Englands in Aussicht stellt, dann irrt er sehr.

In Versionen, welche nur in einzelnen untergeordneten Punkten von einander abweichen, tritt mit großer Bestimmtheit die Meldung ab, daß das englische Cabinet in Kopenhagen bereits eine auf die Basis einer Revision der bisherigen Verhandlungen gestellte Vermittelung in der schleswig-holsteinischen Frage eingeleitet habe. Die Meldung würde, wenn sie richtig wäre, von um so mehr Bedeutung sein, als es zweifellos feststeht, daß falls nicht Dänemark jetzt noch in unzweideutiger Weise seinen guten Willen bekundet, den Forderungen des Bundes gerecht zu werden, die Bundesexecution innerhalb der ordnungsmäßigen Fristen zum sicheren Vollzuge kommt. Ein Wiener Corr. der „Bohemia“ versichert indeß positiv, daß den Mächten, welche in Bezug auf die Möglichkeit, die Execution aufzuhalten, in Wien jondirten, allerdings und neben der bestimmten Erklärung, daß von dort aus eine Initiative zu weiteren Verhandlungen nicht zu erwarten sei, die volle Geneigtheit zu erkennen gegeben worden ist, auch jetzt noch annehmbare Vorschläge des dänischen Cabinetes entgegenzunehmen, daß aber seitdem nicht bekannt geworden, daß jene Mächte in Kopenhagen irgend einen Schritt in der angeordneten Richtung gethan, oder auch nur zu thun die Absicht hätten.

Auch der Wiener Correspondent der „M. A. Z.“ widerspricht dem Gerüchte, daß das englische Cabinet in Kopenhagen eine auf die Basis einer Revision der bisherigen Verhandlungen gestellte Vermittelung in der schleswig-holsteinischen Frage eingeleitet habe.

Der Madrider „Epoca“ zufolge haben die spanische Regierung und die Regierung zu Washington beschlossene den König der Belgier zum Schiedsrichter in der Streitfrage wegen der cubanischen Küste zu wählen.

Der Pariser d. F. - Correspondent der „M. Z.“ will wissen, daß der Kaiser Napoleon und der Herzog Ferdinand von Mexico in Sachen der mexicanischen Krone vollkommen einverstanden sind, daß aber bis jetzt der Kaiser von Oesterreich noch nicht der Dritte

im Bunde sein wollte. Wie er hört, dringt auch das englische Cabinet in den Kaiser Franz Joseph, daß er seine Einwilligung nicht verweigere. Vielleicht fürchtet man in London, daß Frankreich selber sich Mexico annectiren könnte. Gewiß scheint zu sein, daß das britische Cabinet dem Erzherzog Geld (mittels einer Anleihe in London) und einer Armee (auf dem Wege von Anwerbungen in dem katholischen Irland) in Aussicht gestellt hat. (Ein Berliner Wochenschrift nennt Mexico bereits Marico; wir glauben die Sache ist noch nicht so weit!)

### Verhandlungen des Reichsrathes.

Ueber das, was in der Montagsitzung des Abgeordnetenhauses in Sachen Rogawski's zu erwarten ist, berichtet die „Std. Post“: „Die Berichterstattung wird in geheimer Sitzung stattfinden. Der Berichterstatter Abgeordneter v. Mühlfeld wird die Motive, welche den Ausschuss zu diesem Beschlusse veranlassen, auseinandersetzen; in den Beschlüssen selbst aber werden die Motive nicht aufgenommen werden. Letzterer lautet ganz einfach: Es sei die von dem Lemberger Landesgericht angeluchte Zustimmung zur Verhaftung des Abgeordneten Rogawski zur Zeit nicht zu ertheilen. Dieser Ausdruck „zur Zeit“ deutet darauf hin, daß die vorgelegten Acten nach dem Urtheile des Ausschusses nicht so starke Zugichten enthalten, um die Verhaftung zu motiviren; aber es wird indirect damit gesagt, daß es nicht in der Absicht des Hauses liege, den des Hochverrathes Beschuldigten seinem Richter entziehen zu wollen. „Zur Zeit“ finden sich Belege, die eine solche Anklage begründen könnten, noch nicht vor. Wie es scheint, will daher der Ausschuss, um nicht neuen Widerspruch hervorzurufen, die Motive in seinem Antrage weglassen; denn als es sich um die Beurtheilung der Erzeigung auf frischer That handelte, war nur das eine Factum zu beurtheilen; bei einem Eingehen auf die Proceßacte, um zu untersuchen, ob die Indicien eines Hochverrathes vorliegen oder nicht, bedarf es allerdings einer tieferen Kritik des Proceßganges, so weit er bisher gediehen. Um jede Controverse zu vermeiden, ob dieses Recht dem Hause zusteht oder nicht, wird daher bloß von jenem Recht Gebrauch gemacht, das Niemand bestreiten kann: vom Rechte der Nichtertheilung in die Verhaftung. Daß der Ausschussantrag die Majorität erhält, erscheint uns außer Zweifel.“

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 20. Septbr. Se. Maj. der Kaiser sind heute um 1 1/4 Uhr früh mit Sr. f. Hoheit dem Großherzog von Toscana und dem Fürsten Thurn-Taxis im besten Wohlsein in Ischl angekommen und an der mit prachtvoll erleuchteten Triumphporten, mit Fahnen und Leuchtbällen geschmückten Ebenezer Straße, vor dem Eingang in die Kaiservilla, von der trotz der späten Nachtstunde massenhaft versammelten Bevölkerung mit der angestimmten Volkshymne und mit endlosem Jubel begrüßt worden.

Freiherr v. Götvös hatte gestern Mittags Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser; er schilderte in kräftigen Worten den Nothstand in Niederungarn, und trug die Bitte bezüglich der Alfvä-Eisenbahn um Gewährung eines Vorschusses von 45.000 fl. und sogleiche Anweisung von 10.000 fl. zum Ankauf von Werkzeugen vor. Weiter berichtet der „Wanderer“ über diese Audienz: „Der Kaiser ging sofort auf eine detaillierte Besprechung der Frage ein, und schloß mit der Versicherung, daß gegen die Erfüllung der vorgebrachten Bitte durchaus kein Anstand obwalte, und Se. Majestät noch heute die geeigneten Anordnungen erlassen werde, damit diese Angelegenheit ungehäumt in der von den Petenten gewünschten Weise erledigt werde. Damit war jedoch die Audienz nicht zu Ende; Se. Majestät ging vielmehr auf eine Besprechung der Nothlage im Allgemeinen über, und erörterte dieselbe mit einer Sachkenntnis, welche von einem detaillirten Studium dieser hochwichtigen Angelegenheit Zeugnis gab. Aus jedem Worte des Monarchen sprach aber zugleich auch die herzlichste Theilnahme für das Los der vom Geschicke so schwer heimgelegten Landes-theile, und es schloß sich hieran die Versicherung, daß Se. Majestät Alles aufbieten werde, die kummervolle Lage der Nothleidenden zu lindern, und den weiteren Folgen der Calamität, so weit es in seinen Kräften stehe, Einhalt zu thun. Baron Götvös, tief ergriffen von dieser hochherzigen Theilnahme, dankte in warmen Worten für die kaiserliche Huld, und wird sich freudig der Mission unterziehen, die Gesinnungen des Kaisers seinen Landsleuten bekannt zu geben. Baron Götvös ist hochbefriedigt von dem Erfolge seiner Wiener Reise bereits wieder nach Pest zurückgekehrt, um dort Samstag (19.) die Versammlung ungarischer Aerzte und Naturforscher, deren Vorsitzender er ist, zu eröffnen.“

Die Mittheilung, daß der Kriegsminister Graf Degenfeld Se. Majestät den Kaiser nach Ischl begleitet habe, ist unrichtig. Der Herr Kriegsminister befindet sich fortan in Wien.

Die Deputation aus Mexico wird am Mittwoch in Triest erwartet; sie begibt sich am Bord der „Fantasie“ nach Miramar, um dort von dem Herrn Erzherzog Ferdinand Max empfangen zu werden.

Die modeneseische Brigade ist nun factisch in der Auflösung begriffen. Heute sind Officiere und Aerzte aus dem Status dieser Brigade von Verona hier eingetroffen, um in die Regimenter der Armee eingetheilt zu werden.

Am 18. September hat der Proceß des Banknotenfälschers Ludwig Nagy begonnen. Das am 19.

gefallte Urtheil lautet auf lebenslangen schweren Kerker. Die Nationalbank wird mit ihren Ansprüchen, eben so wie die übrigen Beschädigten auf den Civilrechtsweg verwiesen. Was die Kompetenz betrifft, hat sich der Gerichtshof für die Anerkennung derselben ausgesprochen, weil durch die §§. 38 und 45 klar dargelegt wird, daß nicht Geburt oder Nationalität, sondern Connerität und Prävention für die Beurtheilung der Kompetenz maßgebend sind. Es hat eine Vereinbarung des obersten Gerichtshofes mit der ungarischen Hofkanzlei diesfalls stattgefunden und konnte eine weitere Einwendung mit Erfolg nicht durchgeführt werden. Der Angeklagte hat bei Anmeldung der Berufung, seine Strafe in einer ungarischen Stadt abzulassen zu dürfen.

„St und West“, bisher monatlich zweimal erschienen, kündigt in seiner neuesten Nummer ihren Lesern an, es werde, falls sich nicht eine regere Theilnahme an ihm in Bezug auf das Abonnement herausstelle, mit Ende dieses Monats aufhören zu erscheinen.

Die Befestigung Wiens, welche bereits in einigen Journalen zur Anzeige gebracht worden, soll, wie der „Kamerad“ heute berichtet, wirklich ein Project sehr erster Natur sein, und in der diesjährigen Reichsraths-session zur verfassungsmäßigen Begutachtung vorgelegt werden. Die ungeheure Stadt befände danach eine Gürtellinie von sie umgebenden selbstständigen Forts, die einerseits von der Schmelz bis Rudersdorf, andererseits vom Weinberge über die Simmeringer Heide bis an die Donau reichen, ohne übrigens außer einem Kernwerk (Rohan) mit einer bastionirten Hauptumfassung versehen zu werden. Außer der Spinnerin am Kreuz, dem Laaerberge u., welche Anhöhen starke Werke erhalten sollen, würden noch Jederssee und Floridsdorf in starke Brückentürme umgeschaffen. Der „Kamerad“ freut sich über die glückliche Idee und den gewählten Zeitpunkt zur endlichen Durchführung eines der größten Pläne der Zukunft, der schon seit sechzig Jahren wiederholt aufgenommen und aufgegeben worden ist“ (zuletzt 1834 vom Hrn. Baron Hey) und führt zu seiner vollen Würdigung die Worte Napoleons I. über diesen Gegenstand an: Wenn 1805 Wien befestigt gewesen wäre, so konnte die Uebergabe von Ulm den Ausgang des Krieges nicht entscheiden; das vom General Kutusoff befehligte Armee hätte die andern Korps der russischen Armee, die schon in Olmütz angelangt waren, und die Armee des Erzherzog Karl, der aus Italien kam, erwartet. 1809 hätte der Erzherzog Karl, der bei Esmühl geschlagen und gezwungen worden war, sich auf das linke Donauufer zurückziehen, Zeit gehabt, Wien zu erreichen und sich dort mit dem Corps des Generals Hiller und der Armee des Erzherzogs Johann zu vereinigen u. (Der Bohemia wird in einem aus verlässlicher Quelle kommenden Wiener Schreiben diese Nachricht als gänzlich unwahr bezeichnet).

Wie man der Grazer „Tagespost“ meldet, sollen die an der neuerrichteten medicinischen Facultät der Grazer Universität promovirten Doctoren das Recht erhalten, in die Wiener Facultät einzutreten. Bekanntlich war bisher außer den in Wien nur den in Prag promovirten Doctoren der Medicin diese Begünstigung zugesprochen, mit welcher das Recht der ärztlichen Praxis in Wien verbunden ist.

In Siebenbürgen entspiant sich jetzt ein eigenthümlicher Streit, um ein — Wappen. Die Rumänen sollen sich ein solches wählen und beanspruchen einen Adler. Nun besitzen bereits aber die Ungarn in dem siebenbürgischen Landeswappen einen Adler mit ausgebreiteten Fittigen, die Szeffler die Sonne und den Mond, die Sachsen ihre sieben Burgen. Die Präensionen der Rumänen erstrecken sich aber so weit, daß sie nicht nur die Kleidertracht der Magyaren als ihre eigene erklären, „welche die Magyaren seit ihrer Einwanderung ihnen nachgeahmt“ hätten, sondern sie nehmen auch das bisherige magyarisches Sinnbild, den Adler, als ihr ursprüngliches in Anspruch.

### Deutschland.

Die „A. Z.“ brachte die viel Aufsehen erregende Mittheilung, daß Se. f. Hoheit der Kronprinz, entgegen den öffentlichen Berichten, seit längerer Zeit keinen Antheil an den Minister-Conferenzen genommen habe. Seit der Anwesenheit Sr. f. Hoheit zu Gastein wurde dagegen mehrfach officiell über die Theilnahme des Kronprinzen an den neuzeitigen Minister-Berathungen hieselbst berichtet. Nach der Berl. M.-Ztg. behauptet man nun als Thatfache, daß Se. f. Hoheit seit seiner Anwesenheit zu Gastein allerdings an denjenigen Minister-Berathungen Theil genommen, bei denen Se. Maj. persönlich anwesend gewesen; dagegen sich von jeder Berathung, welche der König nicht bewohnte, fern gehalten habe.

Ueber die gestern erwähnte Freisprechung der sieben Berliner Redacteurs entnehmen wir Berliner Blätter folgendes Nähere: Der Gerichtshof fällt das freisprechende Erkenntnis, weil durch den Passus: „wir vermögen nicht zu erkennen, daß die qu. Verordnung mit den Bestimmungen der Verfassung in Einklang zu bringen ist“ bloß eine Ansicht ausgesprochen wurde, welche auszusprechen Jedermann das Recht habe. Ferner sei mit dem Ausdruck „Verfassungskampf“ offenbar nur der Ausdruck gemeint, der sich über die Auslegung einzelner Bestimmungen der Verfassungen erhoben habe, also ein Auslegungskampf. Es fehle daher der objective Thatbestand. Allein auch der subjective sei nicht vorhanden, denn es könne nicht angenommen werden, daß die Redacteurs bei Abfassung und Veröffentlichung der Erklärung sich bewußt gewesen, das Ministerium zu beleidigen.

Marquis Wielopolski ist in Begleitung seines Sohnes am Sonnabend in Berlin eingetroffen. Das Aussehen des alten Herrn soll ein sehr sorgenvolles und leidendes sein. (Gestern bezeichnete ein Druckfehler ihn als Statthalter-Vizepräsidenten. Marquis W. ist bekanntlich Staatsraths-Vizepräsident.)

Nach dem ärztlichen Bulletin vom 17. d. war das Befinden des Königs von Württemberg ganz

befriedigend; der König ist beinahe den ganzen Tag über außer dem Bette; der Husten ist zwar zu Zeiten noch beschwerlich, selten jedoch von Beklemmung begleitet.

Aus München, 17. d., wird gemeldet: In der heutigen Abend-sitzung der Kammer der Abgeordneten zog Dr. Böll, welcher den Antrag gestellt hatte, die Dispositions-summe des Ministeriums des Innern für unabhängige Fundationszulagen (40.000 fl.) zu streichen, nach einer allseits befriedigenden Erklärung seinen Antrag zurück. Der Staatsminister des Innern hatte die Ablehnung dieses Antrags als Vertrauensvotum bezeichnet.

### Frankreich.

Paris, 18. September. In Betreff der Veröffentlichung der französischen Noten sind vor einiger Zeit gewisse Unterhandlungen zwischen Petersburg und Paris gepflogen worden; die Zurückhaltung des „Moniteur“ war eine Rücksicht gegen das Ausland, und wenn es nach dem Wunsche des Herrn Drouyn de Lhuys und des Baron Budberg gegangen wäre, so würde die Bekanntmachung der Note noch länger verzögert worden sein. Der „Moniteur“ hat jetzt auf einen besonderen Befehl des Kaisers berichtet. — Verschiedene Gerüchte sind hier verbreitet. So heißt es, der Kaiser komme morgen nach Paris, um dem Ministerrath zu präsidiren. — Alfred de Vigny ist gestorben. Am 27. März 1799 auf Schloß Vohes an der Indre in Touraine geboren, war er von 1814 bis 1828 Militär gewesen, hatte dann als Capitän den Abschied und in Paris seinen Wohnsitz genommen. Sein Roman Cinq Mars erschien bereits 1826.

Der erste Gesandte der amerikanischen Ambassade ist ein Mann von ungewöhnlicher Intelligenz; die ihm vom König Lu Duc als Begleiter mitgegebenen zwei Großwürdenträger sind gerade deshalb speciell mit seiner Ueberwachung beauftragt. Selber gewöhnt, ihre Gedanken zu verbergen und so wenig wie möglich die Wahrheit zu sagen, sind sie auch misstrauisch und zurückhaltend gegen Jedermann. Sie waren bei ihrer Ankunft in Toulon sehr schlecht gekleidet; es scheint Sitte bei ihnen zu sein, die schweren Galackleider von Gold- und Silberstoff nur in den Audienzen bei Souveränen anzulegen, und sich außerdem eines etwas mehr als vernachlässigten Aeußeren zu befleißigen. In Toulon wurden sie mit großer Aufmerksamkeit empfangen, doch würdigten sie alle Vorträge, die zu ihren Ehren getroffen waren, sowie die großartigen Hafenanlagen, Arsenal, Linien-schiffe kaum irgend einer Beachtung. Einzig und allein eine Abtheilung Sappeurs setzte sie in aufrichtige Bewunderung. Sie hielten nämlich die Bärenmützen dieser wackeren Krieger für deren natürlichen Haarwuchs. — Von Taschentüchern haben sie keine Begriffe. Sie haben einen großen Vorrath von cochinchinesischen Federbissen, darunter namentlich eine von ihnen sehr geschätzte Raupenconfiture mitgebracht, doch scheinen sie auch an dem Champagner und dem feinen Backwerk ein ganz besonderes Wohlgefallen zu finden.

Nach Mittheilungen aus der französischen Colonie von Neu-Caledonien soll man daselbst ein etwa 120 Kilometer langes und gleichfalls sehr breites goldhaltiges Terrain entdeckt haben. Der Ertrag soll sich für eine Stunde Arbeit auf 6 bis 8 Franken belaufen.

### Portugal.

Aus Lissabon 14. September, wird gemeldet: Die Eisenbahn nach Evora ist in Anwesenheit des Herzogs von Loulé glücklich eröffnet worden. — Die Niederkunft der Königin wird täglich erwartet.

### Italien.

An der Pariser Börse hatten die Baissiers in diesen Tagen zur Unterstützung ihrer Manöver Gerüchte ausgestreut, welche die finanzielle Lage Italiens im schlimmsten Lichte erscheinen ließen. Insbesondere hieß es, Minghetti habe die von der Anleihe noch restirenden 200 Millionen factisch bereits verbraucht, indem er die Summe der ausgegebenen Schatzbons auf 400 Mill. habe anschwellen lassen, während nur 200 Mill. gesehlich gestattet seien; um das normale Verhältnis wieder zu erreichen, müsse er daher so schnell wie möglich zur Emission des Anleihe-Restes schreiten u. Die „Opinione“ gibt nun diesen Gerüchten, die wohl aus derselben Quelle stammen, wie die falschen Nachrichten über den Gesundheitszustand des Königs, ein energisches Dementi und versichert, daß die Schatzbons die Ziffer von 100 Mill. nur um ein Weniges übersteigen.

In Turin am 16. d. eingetroffene Depeschen aus Nelli, Potenza und Calerta melden, daß viele Räuber mit ihren Hauptleuten sich den Behörden gestellt haben. Die Bevölkerung ist in festlicher Stimmung.

Die Nachricht von den Stiftungen des Papstes Pius IX. in Sinigaglia bedarf einer Berichtigung. Der Papst hat diese Stiftungen bereits früher gemacht und sie jetzt durch eine besondere Bulle wieder aufgehoben. Die Maßregel wurde dadurch veranlaßt, daß die Turiner Regierung die Einkünfte aller dieser Stiftungen in Beschlag genommen hat. Die erwähnte Bulle ist also eigentlich ein Protest gegen die Usurpation von Privateigenthum und ist dem gesammten diplomatischen Corps zur Kenntnissnahme zugesandt worden.

### Rußland.

Wie man dem „Gaz.“ aus Warschau schreibt, hatte Lieutenant Sokolowski am 12. d. ein Gefecht bei Boniewo (Masowien) zu bestehen, das unentschieden geblieben; dann am demselben Tage Oberstlieutenant Zieliński ein kleines Scharmügel in der Gegend von Ciepliny; an der Spitze der masowischen Reiterei habe er die Russen zurückgeschlagen und sich selbst in Ordnung zurückgezogen, ohne von jenen verfolgt worden zu sein. Ueber die erwähnten Gefechte vom 13. und 15. d. bei Lutomerz (Kalisch) fehlen noch die



näheren Berichte, der „Gaz“ weiß nur, daß nach dem Kampfe ein russisches Corps in die Stadt eingefallen und die Einwohner eines Hauses, unter dem Vorwand, daß aus demselben auf sie geschossen worden, niedergemacht und ihre Habe geplündert hätten. Mittheilungen im Kalischischen seien die nach der Niederlage bei Krusznava und der Entfernung Łazanowski's reorganisirten Abtheilungen polnischer Reiterei thätig. Auch im Lublinschen hätten sich die polnischen Streitkräfte verstärkt, wie dem „Gaz“ von dort gemeldet wird, mehrere Corps operirten zwischen Kurowo und Pultaw, nach der Muthmaßung des „Gaz“ sind dies die reorganisirten Abtheilungen Wierzbicki's und Rucki's.

In der polnischen Ghettostadt Łódz ereignete sich an den letzten jüdischen Feiertagen ein großes Unglück. Als die dortigen Israeliten zum Gottesdienste in der Synagoge versammelt waren, wurden sie plötzlich durch den Ruf: „Polen kommen!“ in ihrer Andacht gestört und Jeder suchte so schnell wie möglich ins Freie zu gelangen. Bei diesem Gedränge fanden 4 Frauen und 2 Kinder ihren Tod; außerdem liegt noch eine große Anzahl Personen schwer verletzt darnieder.

Der „Schles. Ztg.“ wird aus Warschau, 16. d. geschrieben: Seit gestern haben die neuen Executions-Maßregeln mit Nachdruck begonnen. Von Morgens 10 Uhr an war die Senatorenstraße in der Gegend des Theaters und Rathhauses mit Truppen und Polizei besetzt und wurden mehrere Geschäfte steuerpflichtiger Kaufleute, die nicht gezahlt hatten, geschlossen. Gutwillig zahlt Niemand, sondern erst dann, wenn das Geschäft geschlossen und militärische Execution eingestellt ist, die nicht eher geht, als bis die Steuer-Duktion präsentirt ist. Auch die Verordnung wegen Schließung der Thore und Hausthüren ist heute in Kraft getreten. Man sah jedoch noch offene und geschlossene Thore und Hausthüren. Ob dieser sonderbare Befehl überall und längere Zeit beobachtet werden wird, ist sehr fraglich, denn bei einer so zahlreichen und verschiedenartigen Bevölkerung wie die Warschau's, ist es nicht leicht möglich, diese Maßregeln in Kraft zu erhalten. Namentlich hält es schwer, ordentliche Portiers zu bekommen, welche die Verantwortlichkeit eines solchen Postens nicht scheuen. Wo sich einer anbietet, ist es gewöhnlich ein fauler Bursche, der eine gemüthliche Stellung haben will. Ein Hausbesitzer erzählte mir heute, daß ein Mensch, der sich zu dem Dienste eines Angebers und Portiers bei ihm präsentirte, 4000 fl. = 666 Thlr. 10 Sgr. jährlichen Lohn, die Aufstellung eines bequemen Fauteuils im Thore und „guten Tisch“ forderte.

Außer der Schließung der Thüren, die heute von der Polizei unter Aufsicht und unter Aufsicht von Offizieren betrieben wurde, ist ein anderer Gegenstand vielfach besprochen worden. Gestern nämlich hat die Casse der Landschafts-Creditanstalt fällige Coupons von den vielbesprochenen, der Schatzcommission entwundene Pfandbriefen im Betrage von 42 Tausend Rubel eingelöst. Der Mann, der sie präsentirte, meldete sich als ein Danziger, Namens Simon Morgenlohn, und gab an, im Hotel de Pologne Nr. 35 in Warschau zu logiren. So schrieb er auf die die Coupons beigefügte Specification derselben. Vorschriftsgemäß schickte die Landschaft sofort einen Bericht an die Polizei; diese eilte auch nach dem angegebenen Hotel, wo aber Nr. 35 seit längerer Zeit von einem alten Mütterchen eingenommen ist. Bald überzeugte sich auch die Polizei, daß ein Mann Namens Morgenlohn hier gar nicht angekommen, oder wenigstens vor seinem Thor angemeldet war. Die Landschaft hat den Statuten gemäß gehandelt, da die Papiere au porteur ausgestellt sind. 42.000 Rubel machen die halbjährigen Zinsen von 2.180.000 Pfandbriefen; da aber bekanntlich ca. 4 Millionen entwendet wurden, so scheint es, daß ca. 1.700.000 bereits veräußert und in fremden Händen sind, so daß deren Coupons nunmehr nach und nach zur Einlösung kommen werden. Der Landschaftsdirector Kreftowski und mehrere Unterbeamten sollen wegen jener Auszahlung der Coupons bereits die Demission bekommen haben.

Am 17. früh wurde vor der Warschauer Citadelle Michael Wagner, Gehilfe aus der Druckerei der Bank, bekanntlich der am 31. v. M. erfolgten Ermordung des Alfons Wosiatiewitz beschuldigt, angeknüpft; an diesem Tage fand das Begräbniß des zwei Tage vorher ermordeten Baranowski statt, welchen der „Gaz“ als „einen der Chefs der russischen geheimen Polizei bezeichnet.“

Die „Niepodległość“ von Warschau, Organ der National-Regierung, sagt in ihrer neuesten Nummer über die Lage: „Angesichts der offenbaren Ohnmacht der Diplomatie und der Kleinmüthigkeit Europa's liegt der Schlüssel der polnischen Frage weder in Paris, noch in London, noch in Wien, sondern an den Ufern der Weichsel. Polen wird seinen Unabhängigkeitskampf fortsetzen.“ Die National-Regierung schlägt dem Steuerverbot nochmals ein und gibt 4 Strafsgrade für Diebstahl an, welche ohne militärische Execution zahlen werden, nämlich: a) Die Zahlung des Doppelten des Steuerbetrages; b) diese Strafe in Verband mit Infamie; c) diese Strafen im Verband mit Verlust der politischen Rechte; d) diese Strafen im Verband der bürgerlichen und Civilrechte und die Verbannung aus dem Lande. Das Steuerverbot wird erklärend hinzugefügt, erstreckt sich nicht auf die höheren Realitäten oder dem Gymnasium in die technische Anstalt (und die mit ihr vereinigten Schulen) übergehen, fallen auf den 27. und 28. d. M.

seiner Verordnungen zum Nutzen der Nationalasche und zum Schaden der Moskowiten lenken wird.“ Der Stadtschreiber hat auch eine populäre Ansprache „an die Bürger, Haushälter und Portiers“ gerichtet, worin ihnen in populärer Sprache erklärt wird, was ihnen durch das neueste Polizeireglement an Gemüthlichkeit werde: „man will — heißt es darin u. A. — Euch zu Spionen machen, Ihr sollt von Allem berichten, was in den Häusern vorgeht, Ihr sollt spioniren, wer ein- und ausgeht und was Jemand thut u. s. w. Nein! Ihr werdet das nicht thun, da das Wohl unseres Vaterlandes und unsere heilige Religion solches verbietet. Denket daran, daß die polnische Regierung jede gute That von Euch für das Wohl des Vaterlandes reichlich belohnen, jede schlechte aber, jede Angeberei streng und mit Tod bestrafen wird.“

Einer biographischen Skizze über Fr. Henriette Pustowski in dem vom „Posten“ in Wien herausgegebenen „Kalendary narodowy“ für 1864 entnehmen wir, daß man sie irriger Weise bis jetzt für die im Schisma erzogene Tochter eines Russen gehalten habe. Nach derselben ist sie vielmehr die Tochter eines Ungarn, Theophil Pustay, der, in russische Dienste übergetreten, seinen Namen russificirte. Fr. Henryta wurde 15. Juli 1843 in Wierzbowski im Lublinschen geboren und nach der Religion der Mutter katholisch getauft und erzogen. Das Uebrige ist bekannt.

Die Insignien des Andreas-Ordens, welche der Kaiser dem General Murawiew in Wilna verliehen hat, waren von dem nachstehenden kaiserlichen Schreiben begleitet:

Michael Nikolajewitsch! Vor vier Monaten berief Ich Sie zur Verwaltung des ausgedehnten Landes, wo der Aufstand seit langer Zeit durch die verbrecherischen Intriguen eines Theils der dortigen Bevölkerung vorbereitet, die Grundlagen der bürgerlichen Ordnung erschüttert, alle Zweige der Verwaltung desorganisiert und eine lange Reihe blutiger Kämpfe hervorgerufen hatte. Trotz Ihrer durch vielfältige dienstliche Mühewaltungen zerrütteten Gesundheit und die ganze Schwere der Ihnen bevorstehenden Pflichten vollständig erkennend, nahmen Sie mit musterhafter Selbstaufopferung die Ihnen übertragene Bestimmung an. Durch unermüdete Thätigkeit und energische Maßnahmen gelangten Sie bald zu erwünschten Erfolgen; in dem größten Theile des Ihnen anvertrauten Landes ist die Ordnung bereits wieder hergestellt; in den übrigen Theilen kehrt sie allmählich ein. Dank Ihren Anstrengungen ist die Zeit nahe, wo man, ohne zu bedauerlichen Maßregeln der Strenge Zuflucht zu nehmen, zu der definitiven Befestigung der öffentlichen Ruhe im Lande wird schreiten und die allgemeinen Grundsätze der bürgerlichen Verwaltung in ihrer ganzen Kraft wieder einführen können. In der Anerkennung meiner aufrichtigen Erkenntlichkeit für Ihre stete und unbedingte Bereitwilligkeit, sich dem Besten des Vaterlandes zu opfern, erenne Ich Sie zum Ritter des Ordens des heil. Apostels Andreas des Ersterufenen, dessen Insignien Ich hier beilege, und mit besonderem Wohlwollen bleibe Ich Ihnen unabänderlich wohlgezwungen. Alexander.

### Zur Tagesgeschichte.

Wiener Blättern zufolge hat sich eine Tochter des Hrn. Justizministers Dr. Hein mit dem Privatier Hrn. v. Boul verlobt.

Der durch seine Reisen im nördlichen Afrika, durch seine Tiger- und Löwenjagden bekannte Graf Thürheim, f. f. Major in der Armee und Besitzer der Herrschaften Schwertberg und Weinberg in Oberösterreich, befindet sich demalsten im Himalaja-Gebirge auf ostindischem Boden. Graf Thürheim hat sich früher auch einige Zeit im Lande der Kaffern aufgehalten.

Am 17. d. früh verstarb in Dresden der bekannte polnische Romanograph und Dramaturg Joseph Korzeniowski im 66. Lebensjahre.

Aufklärung über die Morbanzeige in der „Gaz.“ Der „Gaz.“ ist folgendes interessante Schreiben zugegangen: Anholt bei Wiesel, den 28. August 1863. Eben lese ich in Ihrem Blatte vom 26. d. M. einen Artikel aus Köln unterm 24. d. M. mit der Ueberschrift: „Ist die Missethat vollbracht?“ Unterzeichner, der auf dem Schiffe „P. A.“, „Peter Roland“, von New-York nach London Passagier war, ist im Stande, diese geheimnißvolle Sache aufzuklären. Dr. Bausch aus New-York war Passagier in zweiter Kajüte, so waren G. D., Edward Dalwigk aus Kassel, und A. L., A. Woske Lewi, wie ich glaube aus Genua bei Köln, beide brave junge Leute. Kavitan R., Raake aus Bremen, vom Schiffe „Peter Roland“, ist ein vortrefflicher Mann. Der ermordete Herr Wosiatiewitz war aus dem Badischen und einer der Revolutionäre von 1848, dessen Vermögen von 6000 Gulden damals confiscirt — alles nach seiner eigenen Angabe; auch sei er eigentlich kein Doctor, habe aber 15 Jahre lang in Philadelphia die Leute mit Kamillentheer kurirt. Der Mann war aufnehmend schwachsinzig. Die Nachricht, die er von sich am 13. Juni per Kajüte gegeben, kann ich durch eine spätere ergänzen: Am 16. Juni verließ den „Peter Roland“ mit meiner Familie in Gravesend, und derselbe Dr. Bausch ging mit uns dahin, um sich der Eisenbahn nach London zu begeben, aus Furcht vor erwachten jungen Leuten und dem Kapitän, wozu nicht der geringste Grund vorlag. Auch ließ er seine Bagage auf dem Schiffe zurück, das noch selbigen Abend nach den Ratharinenbocks einließ. Wenn diese Nachricht seinen badischen Freunden zukommt, können sie ihm weiter nachspüren. Unterzeichner verbürgt sich für die Wahrheit alles Gesagten. — Emil Wallstrobt von St. Louis.

### Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 22. September.

Der neue Lehrkurs im hiesigen technischen Institute beginnt am 1. October, die Aufnahme neuer Eleven findet am 28., 29. und 30. d. M. statt. Im Falle einer motivirten Verspätung der Anmeldung ist sich schriftlich an den Director zu wenden, wo dann eine spätere Aufnahme bis zum 15. October erfolgen kann. Die Eintritts-Prüfungen für Schüler, die nicht aus den höheren Realitäten oder dem Gymnasium in die technische Anstalt (und die mit ihr vereinigten Schulen) übergehen, fallen auf den 27. und 28. d. M.

Morgen und übermorgen werden in der landwirthschaftlichen Schule in Czernichów die jährlichen Prüfungen aus den drei ersten Lehrcursen stattfinden.

Beim hiesigen f. f. Strafgericht stehen folgende Schlusssachen: Verhandlungen an: Uebermorgen gegen G. Jakob Nowotarski (Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe). — Freitag: gegen die H. Aler. Janowski und Adal. Wiatoski (Majestätsbeleidigung). — Außerdem morgen: gegen G. Dziedzic, Joh. Siemka, Joh. Juraz, Math. Juraz (Diebstahl); — Joh. Greinert (Verbrechen gegen die Sicherheit des Lebens). — Carl, Joh., Andr., Steph. und Mich. Kowals (Diebstahl). — Math. Lufaszef (Diebstahl). — Jak. Wróbel (Diebstahl). — Uebermorgen: gegen Hyac.

und Stan. Ghechelski, Peter und Martin Bstern, Franz Kieromin, Melchior Bogis, Nikol., Joh. und Thom. Biegar, Joh. Sekala und Adal. Janot (Diebstahl). — Joh. Gij, Jak. Gebula und Anton Sawoski (schwere Körperverletzung). — Sebastian Jelonet (Diebstahl). — Peter Mol (Diebstahl) und Marianna Krupianka (Diebstahl). — Freitag: gegen Mikol. Kus, Peter Skopien, Barthol. Baran und Mich. Bietel (Diebstahl). — Peter Wisniowski (Diebstahl) und Math. Smetek (Diebstahl).

In dem Atelier des hiesigen Bildhauers G. Parys Filippi (gegenüber dem Eisenbahnhof) befinden sich u. A. die wohlgetroffenen Portraits der bekannten Schriftsteller und Universitätsprofessoren G. Joseph Kremer aus Krakau und G. Anton Malcecki aus Lemberg (Büste und Gypsmedaillon).

### Handels- und Börsen-Nachrichten.

Die Herstellung des neuen atlantischen Telegraphenabels ist in Angriff genommen worden. Die betreffende Firma (Glas und Elliot) hat sich contractlich verbindlich gemacht, die Legung im Sommer des nächsten Jahres vorzunehmen.

Den über den Stand der Rinderpest im Königreiche Ungarn eingelaufenen Nachrichten zufolge ist diese Seuche leider in Zunahme begriffen und erscheint präfranktes Hornvieh (u. z. 559 Stück) in 17 Comitaten gehörigen 65 Seuchenorten ausgetrieben, während die Zahl der neuerdings in 5 anderen Comitaten vorgekommenen Krankheitsfälle noch nicht festgestellt werden konnte. Seit dem Ausbruche der Seuche sind in 35 Comitaten und 483 Seuchenorten bei einem Gesamt-Hornviehstande von 286.541 Stück 66.262 erkrankt, von welchen 22.683 geblieben, 40.577 gefallen, 2443 erkrankt und, wie erwähnt, 559 krank verblieben; mithin sich der Gesamtverlust mit 43.020 Stückem bezieht. — Gänzlich erloschen ist die Seuche in 12 Comitaten und 418 Seuchenorten.

Breslau, 21. Sept. Amtliche Notierungen. Preis für einen preuß. Scheffel d. i. über 14 Garnez in Br. Silbergr. — 5 fr. 60. — außer Agio: Weißer Weizen von 60 — 73. Gelber 59 — 66. Roggen 45 — 51. Gerste 33 — 39. Hafer 24 — 28. Erbsen 48 — 54. — Wintererbsen per 150 Pfund Brutto: 194 bis 212. — Sommererbsen per 150 Pfund Brutto: 164—184. Rother Kleesaamen für einen Sackcentner (894 Wiener Pf.) preuß. Thaler (zu 1 fl. 57). — österreichischer Weizen außer Agio) von 12/4 — 15 Thlr. Weißer von 14—19 Thlr.

Wien, 18. Sept. Holländer Dutaten 5.24 Geld, 5.30 Waare. — Kaiserliche Dutaten 5.26 Geld, 5.33 Wa. — Russischer halber Imperial 9.10 G. 9.21 W. — Russischer Silber-Rubel ein Stück 1.74 G. 1.76 W. — Preussischer Courant-Thaler 1.66 G. 1.67 W. — Polnischer Courant pr. 5 fl. — W. — Gal. Pfandbriefe in österr. Währ. ohne Coup. 75.25 G. 75.95 W. — Galizische Pfandbriefe in Conv.-Wz. ohne G. 79.03 G. 79.73 W. — Galiz. Grundentlastungs-Obligationen ohne Coup. 74.23 G. 75.13 W. — National-Anlehen ohne Coup. 82.43 G. 83.20 W. — Galiz. Karl Ludwigs-Eisenbahn-Aktien 197.25 G. 199.25 W.

Krakauer Cours am 21. Sept. Neue Silber Rubel-Agio fl. v. 104 verlangt, fl. v. 103 bezahlt. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währ. fl. poln. 388 verl., 382 bez. — Preuss. Courant für 150 fl. öst. W. Thaler 903 verl., 893 bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 111 verl., 110 bez. — Russische Imperials fl. 9.20 verl., fl. 9.06 bez. — Napoleon's d'or 8.95 verl., 8.81 bez. — Vollwichtige holländ. Dutaten fl. 5.36 verl., 5.26 bez. — Vollwichtige österr. Rand-Dutaten fl. 5.36 verl., 5.26 bez. — Polnische Pfandbriefe ohne Coupons fl. v. 973 verl., 963 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in österr. Währ. 763 verl., 754 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst l. Coup. in Conv. fl. 803 verl., 793 bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währ. fl. 763 verl., 76 bez. — National-Anleihe vom Jahre 1854 fl. österr. W. 83 verl., 82 bez. — Aktien der Carl Ludwigs Bahn, ohne Coupons voll eingezahlt fl. österr. Währ. 1993 verl., 1973 bezahlt.

### Neueste Nachrichten.

Ueber das Attentat auf den Grafen Berg, welches gestern tel. gemeldet wurde, bringt die „G.-G.“ folgenden detaillirten Bericht. Als am 19. Nachmittags Graf v. Berg, von der Promenade zum Diner heimkehrend, in Begleitung seines Adjutanten und von mehreren Tischern gefolgt, in einem zweipännigen offenen Wagen vor dem Zamoytski'schen Palais vorüberfuhr, fielen mehrere sogenannte Orfinsche Bomben herab, welche im Explodiren einen Tischertischen tödteten und eines der Pferde verwundeten. Als der Wagen vor dem Palais ankam, zeigte sich ein Individuum auf dem Balkon, das ein Signal gab, worauf aus den Fenstern des 3. Stockwerkes der Projectile geschleudert wurden. Dieselben schienen von der Größe schupförmiger Kugeln gewesen zu sein. Der Statthalter war in großer Lebensgefahr; es scheint, daß eines der Projectile im Mantel des Grafen Berg sich verfangen, hiedurch Widerstand fand und seitwärts explodirte. Diefem Umstande verdankt Graf Berg vielleicht seine Rettung; auch der neben ihm sitzende Adjutant General sofort, stille zu halten; das verwundete Pferd jedoch riß den Wagen eine Strecke mit sich fort. Sodann wurde der Befehl erteilt, sogleich das Palais zu untersuchen und man fand in den oberen Stockwerken drei Individuen, die verhaftet und Bestandtheile zur Fabrication von Bomben, die in Beschlag genommen wurden. Das Palais ist mit einem Bataillon Infanterie belegt worden.

Ueber den vorstehend erwähnten Vorfall in Warschau hat der „Gaz“ mehrere übereinstimmende Berichte. Sein Correspondent schreibt darüber in einem Briefe vom 19. d.: „Heute Abend um 5 1/4 Uhr hörte ich, als ich mich gerade unweit des Postgebäudes (in der Krakauer Vorstadt) befand etliche hundert Schritte vor mir einen starken Schuß und sah Rauch vor dem Gebäude der früheren Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften. An der Ecke des Europäischen Hotels angelangt, sah ich Berg leichtenblau im Wagen schnell dem Schlosse zufahren mit seinem Adjutanten und nur einem Kofaken. Im Weitergehen ersuhr ich, daß in der Gegend der Kopernikus-Statue Handgranaten auf ihn, während er vorüberfuhr, geschleudert worden seien, die einen Kofaken und ein Pferd verwundeten. Eine Masse Militär eilt nach dem Punkte, die Communication ist unterbrochen, wahrscheinlich werden Hausdurchsuchungen vorgenommen, die Einwohner verhaftet, vielleicht verübt die russische Soldateska noch ärgere Gewaltthatigkeiten. Im nächsten Briefe Näheres. So wörtlich der Warschauer „Gaz“-Correspondent, der über diesen wichtigen Vorfall augenscheinlich unter dem Eindruck des ersten Moments berichtet, von den Militärercessen ebenj wenig als die anderen Berichterstatter etwas Näheres zu sagen weiß. Aus anderer Quelle erfährt noch der „Gaz“, daß nach Abschleudern der Granaten die Russen die

„anscheinend ungegründete Behauptung (Bravo!) aufgestellt, sie wären aus dem großen Hause der Krakauer Vorstadt neben dem Palais der Grafen Zamoytski (gleichfalls einem Eigenthum der Grafen Zamoytski, aber in kleine Wohnungen eingetheilt und an eine Menge Parteien vermietet, so daß an 1000 Personen in dem riesigen Gebäude wohnen) geworfen worden. (Wahrscheinlich hatten wieder russische Agenten die Hand im Spiel!) Das herbeigeeilte Militär habe das ganze Haus umringt, sei hineingedrungen, habe alle einwohnenden Männer verhaftet, Frauen und Kinder hinausgeworfen, ihre Habe größtentheils geplündert, viele Mobilien aus den Fenstern auf die Gasse geworfen und das ganze Gebäude als Kaserne in Besitz genommen. Der „Gaz“ muthmaßt, daßwohl dabei die Soldaten viele Gewaltthatigkeiten verübt hätten. Kein Bombardement habe jedoch stattgefunden, denn die ruhigen Haus-Anfassen hätten sich nicht gewehrt.“

Ueber das ungünstige Gefecht, das Istara (Pseudonym) am 16. d. zu bestehen hatte, find dem „Gaz“ nähere Nachrichten zugekommen, welche die Affaire wie folgt darstellen: Die polnische Abtheilung wollte zwei von Sedziszew kommende Rotten russischer Infanterie angreifen, verspätete sich jedoch und langte erst an, als jene schon vorübergezogen, rückte sodann weiter nach Malogorzec (im Krakauischen) in der Meinung, dort ständen nur zwei russische Compagnien. Da wurde sie von 4 Rotten Infanterie und einer Abtheilung Kofaken angegriffen, verlor nach einem ziemlich hartnäckigen Kampfe, in welchem sich die polnischen Schützen durch Tapferkeit hervorgethan, 23 Tödtete und 10 Verwundete, die von den Russen niedergemacht wurden (?), und zog sich in Unordnung zurück. So der „Gaz“, der noch hinzufügt, daß sich später die ganze Abtheilung wieder sammelt und weiter thätig ist.

In den Blättern wurde kürzlich ein Erlaß der Nationalregierung veröffentlicht, welcher die hier in Krakau „nach Belieben aus- und einziehenden Insurgenten“ anweist, sich bei dem hier bestehenden „Platzcommando“ zu melden. Wir bemerken hierzu, daß dieses „Platzcommando“ hier längst eruirte und der Herr „Platzcommandant“ aufgehoben wurde.

Aus Johannisburg, 19. d., wird tel. gemeldet: Wyncenta (unmittelbar an der preussisch-polnischen Gränze in Polen) wurde gestern früh von den Insurgenten verbrannt. Russen sind auf preussisches Gebiet geflüchtet; sie führten 3 Tödtete und 5 Verwundete mit sich.

Nach Berichten aus Warschau haben die dortigen russischen Offiziere auf dem Ball in der Militär-Ressource, der am Namensfeste des Czaren statthatte, einen auf Murawiew ausgebrachten Toast mit stürmischem Beifall aufgenommen und sogar auf Antrag des Generals Krasnokutski eine Adresse an kaiserlichen zu richten beschloßen, welches Vorhaben jedoch der Adjutant des Großfürsten, General Nabokoff, der darin eine Manifestation gegen den kaiserlichen Prinzen gesehen, dadurch veretelte, daß er die sofort entworfene und zur Unterschrift circulirende Adresse an sich nahm und zerriß.

Die dem Marquis Wielopolski, wie gestern berichtet, ertheilte Entlassung ist Carskoje Sielo, 12. Sept., also am Vendemain des Murawiew belohnenden Recripts, datirt.

Wien, 21. September. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ist der weitere Bericht des Ausschusses, betreffend das Ansuchen des Lemberger Landesgerichtes um Verhaftung des wegen Hochverrathes in Untersuchung gezogenen Abgeordneten Rogawski zur Verhandlung gekommen. Das Resultat der abermals geheimen Berathung wird vom Präsidenten um 1 Uhr 50 Min. verkündet: Das Haus habe die vom Lemberger Landesgerichte verlangte Zustimmung zur Verhaftung und gerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Rogawski dormalen nicht ertheilt. Nächste Sitzung Donnerstag.

Wie der „G.-G.“ aus Pest geschrieben wird, ist Se. Exc. der Herr Statthalter Graf Pálffy von dem erlittenen Unfälle bereits so weit wieder hergestellt, daß er schon am 18. d. M. einer in seinen Appartements stattgehabten mehrstündigen Comité-Berathung in Betreff der nöthigen Maßnahmen in der Rothstandsfrage-Angelegenheit persönlich präsidirte.

Hermannstadt, 21. September. In der heutigen Landtagssitzung wurde §. 11 der Regierungs-Vorlage über den Gebrauch der drei Landessprachen im öffentlichen amtlichen Verkehr unverändert angenommen.

Der Abgeordnete Rogawski ist in Folge dieses Beschlusses auf die Dauer der Sitzungs-Periode gegen jede gerichtliche Verfolgung abgesichert, die Strafbehörde auf ebenso lange Zeit in der Ausübung ihres richterlichen Amtes gehemmt. Wir glauben kaum, daß dem Angeklagten ein großer Dienst durch diese Ueberfülle von Schutz erwiesen wurde. Der Abgeordnete Rogawski hat in seiner Jurisprudenz an das Abgeordnetenhaus die Sprache tiefgefränkter Unwissenheit geführt und wir glauben, er ist es sich, dem Abgeordnetenhaus, der Öffentlichkeit nun sündig zu zeigen, daß er vollkommen berechtigt war eine solche Sprache zu führen, es ist nun an ihm den Beweis zu liefern, daß die gegen ihn erhobene Anklage nicht gegründet ist, daß er die Untersuchung nicht scheue und nicht gesonnen sei, sich hinter den Schirm seiner Unverletzbarkeit, zu fügen. Es würde uns daher durchaus nicht in Erkaumen setzen nächstens zu vernehmen, der Abg. Rogawski habe sein Mandat niedergelegt. Es wäre dies ein völlig correcter und ehrenhafter Schritt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Bogzet.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 21. September.

Angekommen sind, die Herren: Titus Lewanowski, aus Rabom; Johann Fröhlich, aus Janusowice; Wilhelm Homolacz, aus Balice; Konrad Wozniński, aus Polen; Titus Trzciński, aus Sandomierz; Franz Andri, aus Polen.

Abgereist sind, die Herren: Witold Rogulinski, nach Grania; Valentin Doinetti, nach Polen; Alexander Jaworski, nach Pafotowice.



